

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Bundesbesoldung und
-versorgung für 2021/2022 und zur Änderung weiterer
dienstrechtlicher Vorschriften
(BBVAnpÄndG 2021/2022)**

– Drucksache 19/28677 –

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1004. Sitzung am 7. Mai 2021 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

